

M 03.12 Rollenspiel: Der Konflikt um eine Flüchtlingsunterkunft in Ludwigshagen

Im Unterricht hast du in der Reihe „Das wird man ja sagen dürfen?! – Rechtsextremistische Einstellungen und was man dagegen tun kann“ bereits etwas über Vorurteile und Rechtsextremistische Einstellungen gegenüber Flüchtlingen erfahren. Viele Menschen, die aus ihren Heimatländern flüchten müssen, kommen nach Deutschland. Zurzeit steigt die Anzahl der Flüchtlinge und Asylbewerber, sodass Länder und Kommunen die Kapazitäten für Flüchtlingsunterkünfte erweitern. Beispielsweise werden alte Kasernen oder Schulen zur Verfügungen gestellt. In einigen Städten ist es deshalb zu Konflikten und Protesten gekommen. Neben den Gruppen, die sich gegen die Einrichtungen von Flüchtlingsunterkünften einsetzen und dagegen protestieren, gibt es auch Gruppen, die sich für den Verbleib von Flüchtlingen engagieren.

Im Folgenden erhaltet ihr die Aufgabe, auf der Grundlage der neun unten stehenden Rollenprofile, in Gruppenarbeit zunächst ein Rollenspiel zu dem Konflikt um eine Flüchtlingsunterkunft zu entwerfen und es dann auch zu spielen. Achtet dabei besonders auf das problematische Verhältnis zwischen den beiden Positionen, die sich für und gegen Flüchtlingsunterkünfte einsetzen. So könnt ihr erfahren wie es in der Realität zugeht.

Die Beteiligten:

- a) Pfarrer der St. Bonifatius Gemeinde
- b) Antirassistische Jugendgruppe Ebenkirchen
- c) Anwohnerinitiative „Buntes Ludwigshagen heißt Flüchtlinge willkommen“
- d) Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“
- e) Bewohner der Flüchtlingsunterkunft
- f) Jugendamt der Stadt Ebenkirchen
- g) Ordnungsamt der Stadt Ebenkirchen
- h) Pro NRW
- i) CDU Ebenkirchen
- j) SPD Ebenkirchen

Geht wie folgt vor:

- Bildet neun Gruppen und teilt den Gruppen jeweils eine der neun Rollen zu.
- Bereitet das Rollenspiel vor. Arbeitet die Rollenkarten durch und überlegt, welche Position euer Akteur bei der Bürgerversammlung vertreten wird. Welche Argumente ihr einsetzt, entscheidet ihr. Wichtig ist dabei, dass ihr Begründungen findet, weshalb der ausgewählte Akteur bestimmte Argumente hervorbringt (und die Positionen der anderen Diskussionspartner ablehnt).
- Legt innerhalb eurer Gruppe fest, wer eure Positionen bei der Bürgerversammlung vertreten wird.
- Wichtig dabei ist, dass niemand gezwungen wird eine bestimmte Position zu vertreten wenn er das mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Achtet darauf, dass möglichst jeder in der Gruppe auf die Rolle vorbereitet ist um auch selber die Rolle übernehmen zu können.
- Des Weiteren solltet Ihr euch immer vor Augen halten, dass die Position die ihr vertretet nicht Eure eigene Meinung ist, sondern Ihr während des gesamten Spiels nur eine fiktive Rolle übernehmt.
- Übt gemeinsam mit dem Schauspieler/der Schauspielerin eurer Gruppe die Rollenkarte ein.

Führt das Rollenspiel auf:

- Die Schauspieler/innen der einzelnen Gruppen treten nach vorne. Ausgangssituation: Alle neun Akteure treffen sich bei der Bürgerversammlung und diskutieren über die Vorkommnisse in der Stadt und mögliche Maßnahmen. Hierbei stellt sich jede Person vor und begründet, weshalb sie eine bestimmte Position vertritt. Während der Aufführung machen sich die Zuschauer/innen Notizen über die jeweiligen Argumente.
- Falls ihr die Möglichkeit habt, solltet ihr den Raum in zwei Bereiche aufteilen: die Bühne und die Realität. Wenn sich jemand beim Rollenspiel nicht wohl fühlt, muss er die Möglichkeit haben seine Rolle zu verlassen und in den Raum der Realität zurückzukehren. Bereitet alle Gruppenmitglieder darauf vor eventuell für den Schauspieler/die Schauspielerin auf der Bühne einzuspringen.
- Wertet das Rollenspiel aus: - Feedback der Schauspieler/innen: z. B. Wie haben sich die einzelnen Darstellerinnen und Darsteller während der Aufführung gefühlt? Feedback des Publikums: Konnten neue Erkenntnisse gewonnen werden? Was haben die Zuschauer beim Rollenspiel empfunden? (Kritik an den schauspielerischen Leistungen ist nicht erlaubt.)

Hintergrundinfos zum Stadtteil

Der Stadtteil Ludwigshagen der Ruhrgebietsstadt Ebenkirchen (ca. 500.000 Einwohner) ist ein bürgerlich geprägtes Wohnviertel. Ein Großteil der Anwohner lebt hier seit mehreren Generationen im eigenen Haus mit Garten. Die Menschen kennen sich untereinander, es wird viel Wert auf eine gute Nachbarschaft gelegt. Der demographische Wandel ist auch hier zu spüren, vor einigen Jahren wurde bspw. die örtliche Grundschule aus Kostengründen geschlossen und steht seitdem leer. Die Schülerinnen und Schüler besuchen seitdem eine Grundschule in einem anderen Stadtteil und haben einen wesentlich längeren Schulweg.

Der Konflikt

Seit einigen Monaten ist es öffentlich bekannt, dass die Stadt Ebenkirchen in den nächsten Monaten ca. 1000 neue Flüchtlinge, v.a. aus Süd- und Osteuropa, aufnehmen muss. Die Debatte über die Unterbringung dieser Menschen nimmt viel Platz in der öffentlichen Berichterstattung ein und wird rege im Rat der Stadt und in der Zivilgesellschaft diskutiert. Die regionalen Zeitungen berichten regelmäßig über mögliche Standorte, wird so auch die ehemalige Grundschule im Stadtteil Ludwigshagen in Erwägung gezogen. Gerüchte über eine kostspielige Renovierung der Schule und mögliche negative Folgen für den Stadtteil machen die Runde und werden, v.a. in den sozialen Netzwerken, heftig diskutiert.

Lokale Politikerinnen und Politiker der beiden großen Volksparteien versuchen die Lage zu beruhigen und verweisen darauf, dass die Stadt sich noch für keinen Standort entschieden habe. Daraufhin gründet sich die Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“ in dem sich viele Nachbarn organisieren und sich öffentlich gegen eine mögliche Flüchtlingsunterkunft in ihrem Stadtteil positionieren. Durch Plakataktionen und Banner im Stadtteil wollen sie darüber hinaus auf das „Problem“ aufmerksam machen.

Die rechtspopulistische Partei „Pro NRW“, mit zwei Sitzen im Rathaus vertreten, wird auf die Situation aufmerksam und startet eine rassistisch aufgeladene Medienkampagne und fordert „Einen sofortigen Stopp der Aylantenflut“. Mit mehreren Kundgebungen vor der ehemaligen Schule sowie einer breit angelegten Internetkampagne versucht die Partei die Stimmung weiter aufzuheizen. Begleitet werden die Kundgebungen – an denen ca. 50 Personen teilnehmen – von breiten Gegenprotesten der „Antirassistischen Jugendgruppe Ebenkirchen“, zu denen mehrere hundert Menschen kommen. In den Redebeiträgen der rechtspopulistischen Partei wird die Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“ lobend erwähnt, die sich daraufhin öffentlich von „rechtsextremen Thesen und Parteien“ distanziert.

Als in der Ratssitzung wenige Tage später die ehemalige Grundschule als ein neuer Standort einer Flüchtlingsunterkunft endgültig bestimmt wird, verschärft sich die Lage noch einmal drastisch.

Im Stadtteil Ludwigshagen tauchen rassistische Schmierereien und Plakate auf, die mehr oder weniger deutlich Gewalt gegen die Flüchtlinge androhen. Des Weiteren berichtet die Polizei von einem Farbbeutelangriff auf das Gebäude und die Zerstörung von Glasscheiben durch den Gebrauch einer Schusswaffe.

Die Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“, die sich von der Politik im Stich gelassen und betrogen fühlt, veranstaltet eine Lichterkette mit anschließender Mahnwache vor der ehemaligen Schule. Einige hundert Anwohnern nehmen an dieser Aktion teil, darunter auch Mitglieder und Sympathisanten von Pro NRW. Das Ordnungsamt richtet sich ebenfalls mit einem Appell an die Politik: „Der zusätzliche Arbeitsaufwand, den ein Flüchtlingsheim zwangsläufig mit sich bringt, kann nicht ohne erhebliche Qualitätseinbußen in anderen Arbeitsbereichen, gestemmt werden.“ Schuldzuweisen, Anschuldigungen und Streitgespräche zwischen den verschiedenen Akteuren bestimmen daraufhin die Berichte der regionalen Presse.

Der Einzug der ersten Flüchtlingsfamilien wird die Woche darauf mit großem öffentlichem Interesse wahrgenommen. Gut 400 Anwohner haben sich vor der ehemaligen Schule versammelt und sehen, wie die ersten Flüchtlinge unter Polizeischutz die Unterkunft beziehen. Vereinzelt „Buh-Rufe“ zu hören und abweisende Gesten zu beobachten, ansonsten bleibt es jedoch weitestgehend ruhig.

Als wenige Tage später der Vorsitzende der Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“ jugendliche Flüchtlinge aus der Unterkunft des Diebstahls bezichtigt und bekannt gibt, dass die Initiative „jetzt erst recht weiter kämpfen werde“, lädt der Pfarrer der örtlichen Pfarrgemeinde St. Bonifatius alle Anwohner und Beteiligten zu einer Bürgerversammlung im Gemeindesaal ein.

Das Jugendamt der Stadt Ebenkirchen schaltet sich darauf ein und fordert ausdrücklich auch die Flüchtlinge zu der Veranstaltung einzuladen. Es sei „genug über diese Menschen“ geredet worden und an der Zeit „mit den Menschen die fliehen mussten“ ins Gespräch zu kommen. „Geflüchtete sind jetzt genauso Bewohner des Stadtteils wie jeder andere auch und haben somit auch ein Recht auf der Bürgerversammlung gehört zu werden“.

Rollenprofil (a) Pfarrer der St. Bonifatius Gemeinde

Der Pfarrer der St. Bonifatius Gemeinde ist seit vielen Jahren in der Gemeinde tätig und wird auch über die Gemeinde hinaus in der Stadt Ludwigshagen als ein sehr engagierter Mann der sich für die Sorgen der Menschen in der Stadt interessiert, geschätzt. Er schaut mit großer Sorge auf die Entwicklungen in seiner Stadt und sucht nach Möglichkeiten mit allen Beteiligten in einen Dialog zu treten.

Aus diesem Grund lädt er alle Anwohner und Beteiligten zu einer Bürgerversammlung im Gemeindesaal ein.

Seine Aufgabe besteht darin die Bürgerversammlung, die auf sein Anliegen hin initiiert wurde, zu moderieren. Nach einer kurzen Begrüßung, leitet der Pfarrer an, dass sich alle Vertreter der beteiligten Gruppen vorstellen und ihre Position, die sie zu den Vorkommnissen der Flüchtlingsunterkunft vertreten kurz vorstellen. Während der Veranstaltung versucht der Pfarrer für eine angeregte und faire Diskussion zu sorgen, bei der alle Beteiligten zu Wort kommen.

Der Pfarrer beendet die Runde, resümiert und hat, falls es nicht aus der Diskussion entstanden ist, eine Lösung, wie es nun weiter gehen kann.

Rollenprofil (b) „Antirassistische Jugendgruppe Ebenkirchen“

Die „Antirassistische Jugendgruppe Ebenkirchen“ wurde 2008 von drei Jugendlichen im Vorfeld einer Neonazi- Demonstration in ihrer Stadt gegründet und engagiert sich seitdem gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Mittlerweile sind rund 15 junge Menschen im Alter von 14- 22 in der Gruppe aktiv. Neben Bildungsveranstaltungen und Vorträgen zum Thema Rassismus, organisieren die Jugendliche auch Partys und Konzerte in einem alternativen Jugendzentrum der Stadt. Überregional bekannt wurde die Gruppe vor allem durch das im letzten Jahr stattgefundenene Musikfestival „Lautstark gegen Rechts“ bei dem mehrere tausend Besucher in die Stadt strömten. Ihr Engagement findet in der Stadt ein geteiltes Echo, konservative Medien sprechen von „Jugendlichen Störenfrieden“, andere Zeitungen loben die Jugendgruppe ausdrücklich als „erfrischend kritische, kreative Aktivisten“.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2010 veranstaltete die Gruppe eine große Vortragsreihe zum Thema „Rechtspopulismus- Ein Phänomen nur am Rand der Gesellschaft?“, welche Wahlkämpfer von Pro NRW als „linksextreme Propagandaveranstaltung“ titulierten.

Auch nach der, für die rechtspopulistische Partei, erfolgreichen Wahl und deren Einzug in den Stadtrat, wurde jede öffentliche Veranstaltung von der Jugendgruppe kritisch begleitet und analysiert. Seitdem Pro NRW in der Stadt aktiv ist und populistisch gegen Asylsuchende vorgeht, beobachtet die antirassistische Gruppe eine zunehmende Dramatisierung der Berichterstattung mit wachsender Sorge. „Populistische Anfeindungen gegen Flüchtlinge scheinen in der Mitte der Bevölkerung besonderen Anklang zu finden“, äußert sich eine Aktivistin gegenüber einer regionalen Zeitung.

Als bei der Standortsuche für neue Flüchtlingsunterkünfte der Name der alten Grundschule fällt und sich daraufhin die „Bürgerinitiative- Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“ gründet, ist die Antira- Gruppe alarmiert. Der Diskurs verschärft sich zunehmend und die Antirassistische Jugendgruppe bezieht öffentlich klar Stellung „gegen jede rassistisch aufgeladene Debatte aus dem rechtspopulistischen sowie bürgerlichen Lager“. Es gehe jetzt darum, sich klar gegen die Positionen von Pro NRW zu positionieren und sich „als Stadtteil mit den Asylsuchenden zu solidarisieren“.

Auf die Anmeldung der Kundgebungen vor der Flüchtlingsunterkunft von Pro NRW reagiert die antirassistische Gruppe mit einer Gegenkundgebung und mobilisiert dafür engagierte Menschen aus ganz NRW. Schließlich steht die rechtspopulistische Partei mit ihren 50 Teilnehmer, ca. 600 Gegendemonstranten gegenüber. Dies sei aber nur „ein kleiner Schritt“ auf dem Weg zu einem „Klima, indem Flüchtlinge keine Angst vor ihren Nachbarn haben müssen“, so ein Sprecher der Gruppe. Zu kritisieren sei darüber hinaus nämlich auch die Haltung der Stadtverwaltung, besonders des Ordnungsamtes. Die Haltung des Dezernatsleiters trage dazu bei, die Geflüchteten weiter zu stigmatisieren. Die Antirassistische Jugendgruppe sieht darin ein Beispiel für institutionellen Rassismus und hat diese Auffassung auch schon in einem Flugblatt kundgetan.

Die Farbbeutel- und Schusswaffenangriffe auf das ehemalige, noch leer stehende, Schulgebäude, geben Anlass zu Sorge vor „gewalttätigen Übergriffen“ auf Flüchtlinge und ihre Unterstützer. Auch die Reaktionen der Anwohner auf die Ankunft der ersten Flüchtlingsfamilien gäben „keinen Anlass zur Beruhigung“.

Von der Bürgerversammlung erwartet die Gruppe, so eine Aktivistin: „Eine klare Positionierung aller Anwohner gegen rechtes Gedankengut und ein sofortigen Stopp der Hetze gegen Flüchtlinge“.

Rollenprofil (c) „Buntes Ludwigshagen heißt Flüchtlinge willkommen“

Die Anwohnergruppe „Buntes Ludwigshagen heißt Flüchtlinge willkommen“ versteht sich selbst als einen „losen Zusammenschluss von Nachbarn und Nachbarinnen des Viertels“ mit dem Ziel, „offen und herzlich“ die Asylsuchenden als Nachbarn willkommen zu heißen.

Die Gruppe wurde von drei Nachbarsfamilien gegründet, mittlerweile kommen zu wöchentlichen Treffen meist mehr als 20 Menschen, vor allem Erwachsene mit Kindern. Treffpunkt ist jeweils zu Hause bei einem der Nachbarn. Einen Vorsitz gibt es nicht, da der Zusammenschluss sich als „eine Gruppe von engagierten Menschen auf Augenhöhe“ versteht und Personalisierungen ablehnt. Einige Eltern aus der Gruppe haben Kinder, die sich in der „Antirassistischen Jugendgruppe Ebenkirchen“ engagieren.

Inhaltlich geht es der Anwohnergruppe vor allem darum, populistischen Parolen und „Horrorszenarien“ entgegenzuwirken und für ein Klima einzutreten, „in der die Flüchtlinge sich willkommen“ fühlen. Der Stadt haben sie bereits mehrfach ihre Hilfe bei der Gestaltung und Renovierung der Flüchtlingsunterkunft angeboten und um die Einberufung einer Bürgerversammlung gebeten („um alle Parteien an einen Tisch zu holen“). Die mediale Berichterstattung und große Aufmerksamkeit „ihres Viertels“ bereitet der Gruppe Sorgen („da wird Öl ins Feuer gegossen“).

Über die Gründung der „Bürgerinitiative- Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“ zeigten sich die Nachbarn bestürzt, da viele Freunde oder Bekannte haben, die Mitglieder dieser Initiative sind. Große Spannungen sieht die Gruppe auch zwischen der „jugendlich radikalen“ antirassistischen Jugendgruppe und der Bürgerinitiative. Häufig versucht die „bunte Willkommens- Gruppe“ zu vermitteln, da sie sich „nicht auf das populistische Niveau von Pro NRW“ begeben möchte. Sie sieht sich in der schwierigen Lage, die Ängste der Bürgerinitiative ernst zu nehmen, die antirassistische Jugendgruppe in ihrem Engagement zu unterstützen sowie sich für die Rechte der Flüchtlinge einzusetzen. „Mit einem Kleinkrieg zwischen den einzelnen Gruppen, ist niemandem geholfen. Erst recht nicht den Flüchtlingen“, so Martina Heinemann in einem Interview mit dem Lokalradio.

Rollenprofil (d) Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“

Die Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“ hat sich kurz nach dem Aufkommen der Gerüchte über eine mögliche Flüchtlingsunterkunft in der ehemaligen Grundschule gegründet. In der Initiative engagieren sich viele Anwohner des Stadtteils aus den verschiedensten Beweggründen. Viele sorgen sich um die Sicherheit in ihrer Nachbarschaft und befürchten „einen rapiden Anstieg der Kriminalität“. Grundstückseigentümer sind um den Wert ihrer Immobilien besorgt. Andere fühlen sich von „denen da oben“ bevormundet und hintergangen. Nachdem die Grundschule vor mehreren Jahren aus Kostengründen geschlossen werden musste, sehen viele die Flüchtlingsunterkunft als weiteren Schritt „des Verfalls von unserem Viertel“.

Zu den regelmäßigen Treffen, die jeden Mittwoch bei der Familie Köhler im Wohnzimmer stattfinden, kommen kontinuierlich weit über 50 Nachbarn jeden Alters, vor allem aber Berufstätige und Rentner. Auch wenn es teilweise hitzige Diskussionen gibt, sind sich alle in einem Punkt einig: „Wir wollen kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“.

Gründungsmitglied und Vorsitzender der Initiative Bernd Köhler, Vater von zwei Kindern im Grundschulalter: „Ich fühle mich von den Politikern hintergangen. Die Grundschule in unserem Stadtteil wurde geschlossen, weil kein Geld da war um unsere Kinder zu unterrichten. Und auf einmal zaubert die Stadt hunderttausende Euros aus dem Hut um Flüchtlinge in genau derselben Schule zu beherbergen. Anstatt die Sorgen und Ängste der Bürger ernst zu nehmen, streiten die Politiker jetzt alles ab um uns später- man kennt das ja- vor vollendete Tatsachen zu stellen. Ich fordere eine Bürgerbeteiligung an der Standortsuche, denn ein Heim in unserer Schule kann keine Lösung sein!“

Ein Anwohner in einem Interview mit der Lokalpresse: „Man muss doch nur mal die Nachrichten anschalten um zu sehen, was das alles für Probleme mit sich bringt, so ein Flüchtlingsheim. Überall Müll und abends traut sich auch niemand mehr vor die Tür. Ich muss sagen, ich habe Angst, vor allem um meine Kinder!“

„Unser Stadtteil ist schon immer offen für neue Nachbarn gewesen, auch für Leute aus anderen Ländern. Wir pflegen eine gute Nachbarschaft untereinander und hatten noch nie Probleme. Doch jetzt wird uns so ein Heim vor die Nase gesetzt und wir haben nichts mitzureden. Hier will dann doch keiner mehr wohnen. Was sollen wir dann mit unseren Grundstücken, die nichts mehr wert sind und auf denen niemand mehr leben will, weil hier alles immer mehr verkommt? Das ist ein Desaster für unser Viertel!“, wird ein Nachbar zitiert, der lieber anonym bleiben will.

Magrit Bergmann (78), Rentnerin, lebt seit mehr als 60 Jahren in ihrem Haus gegenüber der ehemaligen Schule: „Ich lebe hier in diesem Haus schon fast mein ganzes Leben lang. So lange ich denken kann, habe ich aus meinem Fenster Kinder in die Schule gehen sehen. Und jetzt kommen so viele Flüchtlinge. Irgendwann muss doch einmal Schluss sein, wir können doch nicht die ganze Welt bei uns aufnehmen!“

Die Bürgerinitiative sieht sich als ein „Zusammenschluss besorgter, aber ganz normaler Bürger“ und grenzt sich deshalb von der rechtspopulistischen Partei Pro NRW ab.

Rollenprofil (e) Bewohner der Flüchtlingsunterkunft

Die erste Gruppe von Flüchtlingen, die in die Flüchtlingsunterkunft in der alten Grundschule ziehen, besteht aus 23 Menschen verschiedenen Alters aus Syrien, Albanien und Rumänien, die in Deutschland Asyl suchen. Sie sind aus unterschiedlichen Gründen aus ihrer Heimat geflohen, eine junge Familie mit zwei Kindern aus Syrien. floh z.B. aus ihrem Dorf, nachdem Regierungstruppen die vermeintliche Rebellenhochburg angegriffen und viele Freunde und Bekannte dabei ums Leben kamen. Eine andere, aus Rumänien stammende Roma-Familie, flieht vor rassistischer Gewalt, wieder andere werden von Polizei und Armee schikaniert und verfolgt.

Für die meisten, oft jungen Leute ist Deutschland nicht die erste Station auf ihrer Flucht. Viele sind auf ihrem langen Weg mit Bus und Bahn durch halb Europa gereist auf der Suche nach Asyl. Ob sie dieses in Deutschland bekommen werden ist ungewiss, auch wie lange sie in dieser Flüchtlingsunterkunft bleiben müssen. Untereinander kennen sich die Flüchtlinge nicht, wenige sprechen dieselbe Sprache.

Von dem Diskurs über die Flüchtlingsunterkunft und die ehemalige Grundschule und den verschiedenen Akteuren, hat die Gruppe bis zur ihrer Ankunft nichts mitbekommen und wurde darüber auch nicht informiert. Dass sie unter Polizeischutz, unter den Augen von ca. 400 Anwohnern, in ihre Unterkunft gebracht werden, hat viele von ihnen verwundert und erschreckt. Das große Aufsehen um sie können sie sich nicht erklären und sind daher froh über die Einladung zur Bürgerversammlung.

Einige Nachbarn kommen am Tag nach dem Einzug in die Unterkunft mit Kuchen und Spielsachen für die Kinder vorbei. „Herzlich willkommen“ seien sie, die ganze Aufregung „legt sich schon wieder“. Warum aber das Gebäude rund um die Uhr von Polizei bewacht wird, erfahren sie nicht.

Rollenprofil (f) Jugendamt der Stadt Ebenkirchen

Das Jugendamt der Stadt Ebenkirchen arbeitet seit vielen Jahren mit jugendlichen Flüchtlingen und ihren Familien zusammen, 2005 wurde ein Runder Tisch zum Thema „Migrationsgesellschaft und ihre Herausforderungen“ gegründet, an dem sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes sowie Vertreter der Jugendhilfe und der Stadtverwaltung regelmäßig treffen und austauschen. Die Arbeit mit den Geflüchteten ist professionell und unaufgeregt, was diese selbst auch immer wieder positiv rückmelden.

Auffällig ist die offensive Pressearbeit des Jugendamtes, welches durch häufige und klare Positionierungen in gesellschaftspolitischen Fragen für ihre Klienten eintritt. Zudem hat das Jugendamt in den letzten Jahren immer wieder Informationsveranstaltungen und Workshops zum Thema „Rechtsextremismus“ organisiert. Regelmäßig beteiligt sich das Jugendamt auch an Gedenkveranstaltungen zum 9. November und bietet erinnerungskulturelle Projekte für Jugendliche an – etwa eine historische Stadterkundung, bei der sich die Teilnehmer auf Spurensuche zu den Schauplätzen nationalsozialistischer Verfolgung in Ebenkirchen begeben. In Folge dessen wird das Jugendamt als wichtiger Akteur in (sozial)politischen Fragen wahrgenommen und wertgeschätzt.

Mit großer Sorge beobachtet das Jugendamt die Entwicklung der rechtspopulistischen, islamfeindlichen Partei Pro NRW, die bei den Kommunalwahlen 2010 sogar mit zwei Sitzen in den Stadtrat einziehen konnte und medienwirksam massiv gegen Flüchtlinge mobilisiert. Das öffentliche Interesse rund um das Thema Flüchtlinge ist groß. Die dramatisch inszenierte „Panik“ vor der „Flüchtlingsflut“ verwundert und bestürzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes, da es in der Stadt noch nie größere Probleme oder Schwierigkeiten in diesem Bereich gegeben hat und die Stadt der Lage „gewachsen“ zu sein scheint.

Aus langjähriger Berufserfahrung kennt das Jugendamt die Problematik, wenn viel über und wenig mit den Flüchtlingen geredet wird. „Wenn die geflüchteten Menschen dann erst einmal eingezogen sind und mit ihren Nachbarn ins Gespräch treten, verfliegen oft die Vorurteile. Dann merken auf einmal alle: Das sind ja auch ganz normale Menschen“, so eine Mitarbeiterin. Daher setzt das Jugendamt auf den Dialog und fordert ihn intensiv von allen Beteiligten ein. An der Bürgerversammlung seien selbstverständlich auch die Flüchtlinge zu beteiligen, die ja schließlich jetzt auch zum Kreis der Anwohner des Stadtteils gehören.

Rollenprofil (g) Ordnungsamt der Stadt Ebenkirchen

Das Ordnungsamt der Stadt hat sich bereits mehrere Male seit bekanntwerden des neuen Standortes einer Flüchtlingsunterkunft in einer alten Grundschule öffentlich in die Diskussion eingeschaltet.

„Aus anderen Großstädten in Deutschland wisse man“, so der Ordnungsdezernent Bodo Müller in der Regionalpresse, „was so ein Flüchtlingsheim alles für organisatorische Schwierigkeiten mit sich bringt“. Konkret spricht das Amt von Problemen bei der Müllentsorgung, Ruhestörung und illegalen Bewohnern. Auch habe man die Erfahrung mit „ordnungswidrig geparkten Sportwagen“ auf dem Gelände anderer Flüchtlingsunterkünfte gemacht, was das Ordnungsamt vor eine zusätzliche Belastung stelle.

Die Personalsituation des Ordnungsamtes sei „ohnehin schon schwierig“, die Stadt habe immense Schulden und könne nicht auch noch zusätzliche Belastungen tragen.

Müller in seinem Appell an die Politiker der Stadt: „Ich bitte Sie darum, ihre Standortwahl noch einmal zu überdenken. Das Ordnungsamt ist jetzt schon am Rande der Belastbarkeit. Der zusätzliche Arbeitsaufwand, den ein Flüchtlingsheim zwangsläufig mit sich bringt, kann nicht ohne erhebliche Qualitätseinbußen in anderen Arbeitsbereichen, gestemmt werden. Das betrifft vor allem die Überwachung von öffentlichen Plätzen und somit direkt die Sicherheit der Bürger.“

Aus diesem Grund hat das Ordnungsamt ein Asylkonzept für Ebenkirchen ausgearbeitet, das „Lösungsmöglichkeiten unter den Bedingungen wirtschaftlichen und sparsamen Handelns“ aufzeigen und „zur Stabilisierung des sozialen Friedens in Ebenkirchen beitragen“ soll. Das Konzeptpapier enthält folgende Kernaussagen:

- Bei integrationswilligen Personen, die sich bereits mehrere Jahre in Ebenkirchen aufhalten oder die aufgrund ihrer Herkunft aus unsicheren Staaten (oder Kriegsgebieten) aus diesen geflüchtet sind, ist eine Überprüfung des Aufenthaltsstatus mit dem Ziel der Verfestigung erforderlich.
- Die Unterbringung von Flüchtlingen soll möglichst gleichmäßig in allen Stadtteilen erfolgen. Asylsuchende Menschen sollen vermehrt mit privatem Wohnraum versorgt werden.
- Ferner sollen Familien mit problematischem Wohn- und Sozialverhalten nicht in einigen wenigen Wohnheimen gemeinsam, sondern auf alle Wohnheime verteilt untergebracht werden. Diese dezentrale Unterbringung trägt zu einem höheren Maß an sozialer Kontrolle und Anpassung und einer Reduzierung potenzieller Konflikte bei.
- Bislang wurden die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ausschließlich als Geldleistung gewährt. Die Form der Leistungserbringung als Sachleistungen bietet jedoch erhebliche Vorteile für die Asylbewerber.
- So ist es für asylsuchende Menschen teilweise nicht einfach, aus der Angebotsvielfalt bei Dienstleistern, sowie dem großen Warenangebot eine gute und preisgünstige Wahl zu treffen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade neu ankommende Flüchtlinge mit der Sicherung ihres Lebensunterhalts organisatorisch teilweise überfordert sind.
- Durch die Sachleistungsgewährung wird dem Rechnung getragen.
- Aufgrund der gestiegenen Asylbewerberzahlen ist es vermehrt zu Beschwerden der Anwohner im Umfeld der Unterkünfte gekommen. Aus den genannten Gründen („Präsenz zur Prävention“) soll zukünftig mit dem Ziel, Konflikte innerhalb der Unterkünfte zu vermeiden und die Einhaltung der Hausordnung sicher zu stellen, auch außerhalb der Dienstzeiten der Unterkunftsverwaltung, die Betreuung durch einen Einsatz von qualifiziertem Service- und Sicherheitspersonal gewährleistet sein.

Rollenprofil (h) der Partei „Pro NRW“

Die Partei „Pro NRW“ ist seit den Kommunalwahlen 2010 mit zwei Sitzen im Stadtrat vertreten und durch verschiedene Aktionen ein fester Bestandteil der öffentlichen Wahrnehmung geworden.

Inhaltlich sorgt die Partei vor allem durch einen strikten „Antiislamisierungskurs“ für Aufsehen und sieht sich als „Verteidiger der deutschen Heimat und Kultur“. Die Partei versteht sich als „Bürgerbewegung“ und als Opfer der „sozialistischen Hetzpresse“. Erklärtes Ziel sei es „Die Bürger wachzurütteln“ und Meinungen auszusprechen „die sonst mundtot“ gemacht werden.

Schon mehrfach kam es bei Stadtratssitzungen nach Anträgen der Partei zum „Sofortigen Stopp der Asylflut“ zum Eklat, wobei die jeweilige Sitzung nach heftigen Wortgefechten und Anschuldigungen vertragt werden musste.

Die „Bürgerbewegung“ fällt im Stadtbild vor allem durch Infostände in der Innenstadt und Kundgebungen vor Moscheen und alternativen Treffpunkten von Jugendlichen sowie durch populistische Pressemitteilungen auf ihrer Internetseite auf.

Als die ehemalige Grundschule als Standort einer neuen Flüchtlingsunterkunft bekannt gegeben wird, gibt sich die Partei empört und ruft zum „Kampf auf der Straße“ auf. Auf zwei Kundgebungen, jeweils mit ca. 50 Teilnehmern, vor dem noch leerstehenden Gebäude spricht die „Bürgerbewegung“ von einer „Asylflut, die über Deutschland hinwegrollt und uns fortzuspülen droht“ und fordert die Anwohnern auf, sich mit ihnen „im Protest für die Heimat“ zu vereinen. Den breiten Gegenprotest vom „Bündnis gegen Rechts“ kommentiert der Pressesprecher auf der Internetseite mit den Worten „Linksextremisten scheitern bei dem Versuch, die Wahrheit über die Asylflut zu unterdrücken. Die Bürger wollen keine Flüchtlinge!“

Vor der Bürgerversammlung in der Gemeindesaal der örtlichen Pfarrgemeinde St. Bonifatius versucht die Partei gezielt durch Pressemitteilungen und Stellungnahmen die Ängste und Befürchtungen von Anwohnern zuzuspitzen. In einem Statement des Vorsitzenden Markus Bleisicht heißt es: „Einzig Pro NRW vertritt die Interessen der Anwohner und fordert eine anderweitige Unterbringung der Flüchtlinge. Wie in Ebenkirchen-Ludwigshagen mit den Anwohnern von der etablierten Politik umgesprungen wird, stellt einen Skandal sondergleichen dar. Pro NRW unterstützt den Bürgerprotest gegen die Behelfseinrichtung für Asylbewerber in Ebenkirchen-Ludwigshagen und fordert die umgehende Schließung dieser Unterkunft. Man kann nicht auf dem Rücken der Ebenkirchener Steuerzahler die Flüchtlingsprobleme aus aller Welt lösen. Pro NRW wird das Thema Asylmißbrauch und die damit zusammenhängenden Kriminalitätsprobleme zum Schwerpunkt im anstehenden Kommunalwahlkampf machen.“

Wiederholt tauchen Flugblätter und Plakate mit der Aufschrift „Schule statt Einwanderung“ in der Nachbarschaft rund um die neue Flüchtlingsunterkunft auf. Auch werde man sich, so Pro- NRW auf ihrer Facebookseite, auf der Bürgerversammlung zu Wort melden um die „Interessen der deutschen Bevölkerung“ zu vertreten.

Rollenprofil (i) der CDU Ebenkirchen

Die CDU in Ebenkirchen ist die zweitstärkste Fraktion im Rat der Stadt. In der Bezirksversammlung Ludwigshagen stellt sie die meisten Abgeordneten. Grundsätzlich bekennt sich die CDU in Ebenkirchen zum Asylrecht. Sie distanziert sich klar von Pro NRW. Im Rat der Stadt hat die CDU konsequent sämtliche Kooperationsangebote von Pro NRW abgelehnt. Auch die Kundgebungen von Pro NRW in Ludwigshagen werden von der Partei als „Stimmungsmache der Ewig-Gestrigen“ abgelehnt.

Die CDU betont zudem Verständnis für die Notlagen der Geflüchteten zu haben, spricht sich aber auch dafür aus, in der ehemaligen Schule in Ludwigshagen dauerhaft keine Geflüchteten einzuquartieren. Aus Sicht der Partei käme allenfalls eine kurzfristige Unterbringung von wenigen Wochen in Frage. Die CDU unterstützt den Kurs des Ordnungsamtes, das die Versorgung der Geflüchteten mit Sachleistungen (statt durch Geld) sowie den ständigen Einsatz von „Service- und Sicherheitspersonal“ in der Unterbringung vorsieht.

Jutta Mayr, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion erklärt kurz vor der Bürgerversammlung in einer Pressemitteilung die grundsätzliche Haltung ihrer Partei: „Wir wollen den Menschen helfen, die durch Krieg und Katastrophen in Not geraten sind. Das setzt aber auch eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge voraus. Schon vor zwei Jahren hatte der Rat der Stadt beschlossen im Ruhrgebiet zu einer gemeinsamen Aufnahmestrategie von Flüchtlingen zu kommen. Unser Ziel ist es, mit der Landesregierung eine einheitliche und verbindliche Aufnahmequote zu vereinbaren. Durch die Amtshilfe werden der Stadt Ebenkirchen zusätzliche Flüchtlinge zugewiesen, anderen Städten aber nicht.“ Jutta Mayr weiter: „Höhere Akzeptanz für Übergangswohnheime und Notunterkünfte schaffen wir nur durch ein besseres Beschwerde- und Umfeldmanagement. Das muss auch für angemieteten Wohnraum gelten. Hier sind wir noch nicht überzeugt, dass die Stadtverwaltung alle Möglichkeiten ausgenutzt hat.“

„Jedem muss klar sein: Angemessene Unterbringung der Flüchtlinge und zügige Rückkehr der Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sind nicht voneinander zu trennen. Das eine geht nicht ohne das andere. Abschiebeprozesse müssen zügig durchgeführt werden. Einzelpersonen und Familien mit Kindern dürfen keine falschen Hoffnungen gemacht werden, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde und ein dauerhafter Aufenthalt in Deutschland nicht möglich ist. Wir wissen, dass nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli diesen Jahres Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland deutlich mehr Geld als bisher erhalten und Deutschland somit als Zielland wieder attraktiver geworden ist. Nach unserer Auffassung ist die Deckung des notwendigen Bedarfs gemäß Asylbewerberleistungsgesetz durch Sachleistungen, Wertgutscheine oder Geldwertkarte nach wie vor nicht vom Tisch“, so Jutta Mayr abschließend.

Rollenprofil (j) der SPD Ebenkirchen

Die SPD in Ebenkirchen ist hinsichtlich der Modalitäten der Unterbringung von Geflüchteten in Ebenkirchen gespalten. Ebenso wie die CDU distanziert sie sich entschieden von Pro NRW und den Aktivitäten dieser Partei. Die SPD hat zudem wiederholt zu Protesten gegen „rechts“ aufgerufen. Gleichzeitig ist die SPD stärkste Partei im Rat der Stadt und stellt auch den Oberbürgermeister. Die Partei steckt somit in einem Dilemma.

Einerseits gibt es viele Parteimitglieder, zumal in Ludwigshagen, die über die Einquartierung der Geflüchteten im Stadtteil empört sind und der Bürgerinitiative „Kein Flüchtlingsheim in unserer Schule“ nahestehen. Zudem gibt es eine Reihe von Ratsvertretern sowie lautstarke Positionierungen an der Parteibasis, die das Asylkonzept des Ordnungsamtes unterstützen, das die Versorgung der Geflüchteten mit Sachmitteln (statt mit Geld) sowie den Einsatz von „Service- und Sicherheitspersonal“ vorsieht.

Andererseits kritisieren vor allem jüngere Parteimitglieder das Konzept des Ordnungsamtes entschieden. Da die Partei stark überaltert ist und künftig verstärkt, besonders jüngere Mitglieder geworben werden sollen, finden die Stimmen der jungen Engagierten in der Partei große Beachtung. Die Kritik an dem Asylkonzept und der indifferenten Haltung der Partei kommt in einem offenen Brief junger Aktiver an den Vorstand der Ratsfraktion der SPD zum Ausdruck:

„Wir lehnen das vorgelegte Konzept in seinen zentralen Schwerpunkten und Handlungsvorschläge ab – nicht nur aus politischen, sondern grundlegend humanitären Gründen fordern wir unsere Ratsfraktion auf, dies ebenfalls zu tun. Es stellt sich daher die Frage, ob wir als Stadt Ebenkirchen tatsächlich nicht in der Lage sind dieser vergleichsweise geringen Zahl an Menschen Schutz und Obdach zu gewähren? Hier ist aus unserer Sicht eine selbstkritische Betrachtung angebracht. Eine moderne und weltoffene Stadt, wie es die Stadt Ebenkirchen ohne Zweifel ist, hat auch in einem mehr und mehr zusammenwachsenden Europa eine soziale Verantwortung, mit diesen Herausforderungen angemessen und immer im Sinne der in ihr lebenden Menschen zu handeln. Die Wahrung der Menschenrechte, Schutz vor Repression und die Würde jedes Einzelnen muss hier immer an vorderster Stelle stehen – anstelle von Bevormundung, Abschreckung und Abschottung.

Besonders kritisch bewerten wir in diesem Zusammenhang die Entmündigung der Menschen durch die Umstellung von Finanz- zu Sachleistungen. Wir verwehren uns der kausalen Erklärung, dass Flüchtlinge und Asylsuchende schlichtweg nicht über die notwendigen Alltagskompetenzen verfügen, sich mit den bereitgestellten Finanzmitteln selbst-bestimmt zu versorgen. Ein weiteres Mittel der Bevormundung und Abschottung sind die extra angeheuerten Sicherheitskräfte. Seit wann und wie können solche Dienstleister Sorge für ein „menschliches Zusammenleben“ tragen? Sie werden die soziale Ausgrenzung der Asylsuchenden vorantreiben und zudem die Bewohner ohne Unschuldsvermutung einschüchtern – allein durch ihre Präsenz.“